

Antrag der Fraktion Nr.. 2012/047

Beratungsfolge - öffentlich -	Protok.- auszüge	Sitzung am	Beschluss- vorschlag	Änderung
Rat der Stadt Goslar		14.02.2012		

Betreff: Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2012: Windvorrangfläche im Stadtgebiet Goslar

Beschlussvorschlag:

Ratsantrag: Windvorrangfläche im Stadtgebiet Goslar

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Goslar folgenden Antrag:

Die Stadt Goslar wird sich beim Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) im Rahmen der derzeit laufenden Novellierung des regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für die Einrichtung einer Windvorrangfläche auf Goslarer Stadtgebiet bei Jerstedt einsetzen.

Im Falle einer entsprechenden Festsetzung im RROP wird die Verwaltung eine möglichst frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung bei der weiteren Umsetzung sicherstellen.

Um auch eine wirtschaftliche Beteiligung der Goslarer Bürger zu ermöglichen, wird die Verwaltung darauf hinwirken, dass mindestens eine der Windanlagen in Form eines Bürgerbeteiligungsprojektes betrieben wird.

Begründung:

Der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) legt im Rahmen der Überarbeitung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) neue Vorrangflächen für Windenergieanlagen (WEA) fest. Im Goslarer Stadtgebiet erfüllt nur eine Fläche bei Jerstedt die notwendigen Kriterien (1000m Abstand von der Wohnbebauung, 500m von Einzelhäusern, ...) für den Bau großer Windenergieanlagen. Der Mindestabstand vom Harzrand von 5 km wird nur knapp unterschritten und sollte im Ermessensspielraum liegen.

Auf der Fläche bei Jerstedt könnten ca. 8 große WEA mit einer Leistung von je 3,5 MW errichtet werden, mit rund 65 Millionen Kilowattstunden Jahresproduktion. Damit würde die Stadt Goslar dem Ziel einer 100%igen Selbstversorgung durch erneuerbare Energie ein deutliches Stück näher kommen. Außerdem könnte die Stadt mit nicht unerheblichen zusätzlichen Gewerbesteuererträgen von ca. 10.000 € pro Jahr und Windanlage rechnen.

Die Belange betroffener Goslarer Bürger müssen frühzeitig in eine Realisierungsplanung einfließen, um die notwendige Akzeptanz für diese energiepolitisch wichtige Maßnahme zu erreichen.

Darüber hinaus sollte den Goslarern die Möglichkeit der direkten Beteiligung an mindestens

einer der WEA eröffnet werden. Die Verwaltung muss daher im Rahmen der Bauleitplanung oder andere Maßnahmen sicherstellen, dass auch die Bürger der Stadt von der wirtschaftlich lukrativen Windenergie profitieren können.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Sabine Seifarth